

Die Zürcher Stadtpräsidentin Corine Mauch über die problematische Kunstsammlung Bührle, Debattenkultur und Verschwörungstheorien

«Ich konfrontiere mich mit dieser Vergangenheit»

INTERVIEW YVES KUGELMANN
UND GISELA BLAU

tachles: Das erweiterte Zürcher Kunsthaus gibt der Sammlung des Nazikollaborateurs Bührle prominenten Raum. Wie können Sie das als Zürcher Stadtpräsidentin vertreten?

Corine Mauch: Wir stellen ja nicht Herrn Bührle aus, sondern Kunst. Herr Bührle war vieles, unter anderem ein Kunstsammler mit einer absolut fantastischen Sammlung. Diese ist es, die wir ausstellen. Dazu haben wir seitens der Stadt einen Forschungsauftrag zur Kontextualisierung erteilt, sprich dazu, wie Herr Bührle zu dieser Sammlung von Weltrang und zum Geld dafür gekommen war. Wir wissen, dass das durch Waffenlieferungen geschah, unter anderem auch nach Nazideutschland, und haben deshalb von Anfang an den Anspruch festgeschrieben, dass darüber Transparenz geschaffen und Auskunft gegeben wird. Für die Vermittlung dieser Hintergründe, die Professor Leimgruber auch aufgrund neu zugänglicher Archivalien erforschen konnte, wird ein eigener Raum zur Verfügung stehen.

Wobei allerdings Jakob Tanner die Studie kritisiert hat.

Dazu muss man davon ausgehen, wie wir unsere Organisation für dieses Forschungsprojekt aufgestellt hatten. Wir wollten eine wissenschaftlich fundierte Grundlage auf Kosten von Stadt und Kanton zur Verfügung stellen;

die Umsetzung der Vermittlung muss natürlich das Kunsthaus machen. Kritisiert wurde, dass für das Forschungsprojekt ein sogenannter Steuerungsausschuss eingesetzt wurde, in dem die Finanzierenden sowie Vertreter der Kunstgesellschaft und der Stiftung Sammlung Bührle einsassen. Bei Auftragserteilung waren alle Beteiligten mit diesem Organigramm und dem Auftrag einverstanden. Später eskalierte es um die Frage, ob es richtig sei, in einem so sensiblen, stark von historischen Interpretationen geprägten Bereich ein Steuerungsgremium einzusetzen. Im Rückblick würden wir dies, wie wir das bereits an der Medienkonferenz zur Präsentation der Studie sagten, nicht mehr tun. Und weil ein Mitarbeiter an dieser Studie deren Glaubwürdigkeit wegen des Steuerungsgremiums infrage stellte, hat die Universität ihre Studie extern einem kritischen Review unterziehen lassen, was ich sehr begrüßte. Dieser wurde durch Jakob Tanner und Esther Tisa Francini vorgenommen. Dabei kritisierte Jakob Tanner insbesondere den Punkt des Steuerungsgremiums.

Weltweit tobt eine ethische Debatte in der Kunst- und Kulturszene. Wo zieht Zürich als Stadt aus ethischen Überlegungen die Grenzen dafür, was an Sammlungen ausgestellt werden kann und was nicht?

Das ist eine Frage, die sich kaum endgültig beantworten lässt – das ist Gegenstand einer Debatte, die weitergeführt werden muss. Meine Haltung dazu basiert auf der Frage,

was wir heute für eine Aussage machen. Die Sammlung Bührle abzulehnen, könnte auch heissen, dass man sich der Verantwortung entzieht und keinen Beitrag zur Debatte leisten will. Letzteren haben wir nun aber mit dieser Forschungsarbeit eingebracht, verbunden mit der schon seit Langem bestehenden Forderung an das Kunsthaus, bezüglich Provenienzen Transparenz zu schaffen und die Kontextualisierung herzustellen. Die herausragenden Werke der Sammlung können so der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden, aber nicht unkommentiert. Das heisst, die Besuchenden werden auch mit der Realität der Vergangenheit konfrontiert, müssen sich damit auseinandersetzen. Man kann diese Vergangenheit, auch wenn sie schwer ist, nicht durch Ablehnung oder Schweigen ungeschehen machen. Das kann man nie.

Sollte man denn nicht auch die Inschriften mit rassistischer Konnotation stehen lassen und kommentieren?

Zunächst: Zürich als Stadt toleriert absolut keinen Rassismus oder Antisemitismus. Wir haben von einer Arbeitsgruppe eine Auslegung zu rassistischen Zeichen im öffentlichen Raum erstellen lassen. In dieser Phase gab es aber keinen Auftrag, eine historische Kontextualisierung der einzelnen Objekte vorzunehmen, sondern einfach festzustellen, was es alles gibt. Der Stadtrat hatte sich im Grundsatz dazu bekannt, dass solche Zeichen im öffentlichen Raum eine diskriminierende, demütigende Wirkung auf heute betroffene Menschen haben können. Diese zu brechen, kann auf verschiedenen Wegen geschehen: über Kontextualisierung, Darstellung der Hintergründe oder aber eben durch Abdeckung oder Entfernung. Letztlich ging es um drei Objekte, deren diskriminierende Wirkung man nur durch Kontextualisierung nicht hätte brechen können. Wir prüfen im Einzelfall genau, was der richtige Weg ist, das Ziel zu erreichen.

Bislang gab es in Zürich wenig Bemühungen zur Aufarbeitung der Vergangenheit im öffentlichen Raum. Geschieht das jetzt

«Grenzüberschreitungen sind klar dort, wo gesetzliche Vorgaben greifen, also etwa bei der Antirassismus-Strafnorm.»

**Zürichs
Stadtpräsidentin
Corine Mauch will die
öffentlichen Debatten
gerade auch bei
unangenehmen Themen
aufrechterhalten.**



**bezüglich Bührlle, um die Sammlung durch-
boxen zu können?**

Nein, sicher nicht. Aber diese Debatte ist heute eine ganz andere als noch vor fast zehn Jahren, zum Zeitpunkt, als wir die Abstimmung zum Kunsthaus durchführten. Und die Abstimmung war der Entscheid, den Erweiterungsbau zu realisieren und diese Sammlung dort aufzunehmen. Die Frage heute ist vielmehr, wie wir diesen Entscheid umsetzen. Und unser Anspruch, zusammen mit dem Kanton, ist, dass wir dies in vorbildlicher Art und Weise tun wollen.

**Die Gegner haben irgendwann das Wort
«Standortmarketing» dafür gebraucht, als
Magnet für Kunstinteressierte aus dem Aus-
land. Wurde dem jemals widersprochen?**

Weshalb? Was spricht dagegen, dass Leute aus dem Ausland hier Kunst anschauen kommen?

**Die Frage ist doch vielmehr, wo eine Stadt
die Grenzen zieht. In Berlin oder Paris wäre
eine solche Ausstellung in einem öffentlichen
Museum undenkbar. Hat die Schweiz noch
immer keine klare Haltung?**

Damit bin ich nicht einverstanden: Wir haben eine klare Haltung. Diese habe ich vorhin erläutert. Die Frage – und darüber kann man endlos diskutieren und dazu gibt es wohl auch

in der jüdischen Gemeinde durchaus unterschiedliche Positionen – ist: Ist die richtige Haltung, zu sagen, dass wir nichts davon wissen wollen und es existiert quasi nicht, damit wir eine schön reine Weste haben? Oder ist es richtig, und das vertrete ich, zu sagen: Ich will mich mit dieser Vergangenheit konfrontieren, denn sie war real und lässt sich nicht ungeschehen machen. Ich will aber auch, dass man die Vergangenheit zum Heute in Bezug setzt, dass wir Lehren daraus ziehen und nicht darin stehen bleiben. Sondern sagen: Heute darf es keinen Rassismus geben. Heute darf es keinen Antisemitismus geben. Wir müssen diese Debatte führen. Das heisst doch nicht, dass ich keine Haltung habe.

**Was bedeutet diese Haltung denn aber heute
in Bezug etwa auf Diskriminierung von Min-
derheiten?**

Das ist doch der entscheidende Punkt: Wie gehen wir heute damit um? Intervenieren wir heute, wenn etwa Gewalt gegen jüdische Menschen oder LGBT-Leute oder rassistische Gewalt stattfindet? Und diesbezüglich sind wir sehr aktiv. Aber ohne zu sagen, dass uns die Vergangenheit nichts angeht, weil wir ja heute sauber sind. Wobei die Schweiz zugegebenermassen lange Mühe hatte, zu akzeptieren, dass sie während des Naziregimes genauso involviert war wie andere Länder. So

zeigt auch die Studie von Professor Leimgruber, wie verflochten wir mit diesem System damals waren und wie sehr wir profitierten. Das ist für jemanden der heutigen Generation schwer zu ertragen und eine Schuld, die schwer zu tragen ist.

**Ist es nicht etwas paradox, dass dann wenig
entfernt vom Kunsthaus im Schauspiel-
haus die Haltung bezüglich Erinnerung eine
andere ist?**

Nein, denn ich würde sogar sagen, dass wir im Erneuerungsbau des Kunsthauses selbst ein fast noch grösseres Spannungsfeld haben, indem die Sammlungen Bührlle und Merzbacher darin sind. Der Pfauen war ein privat betriebener Ort des antifaschistischen Widerstands, der Schauspielerinnen und Schauspieler, Emigranten und Emigrantinnen, die vor dem Nazitum flüchteten, aufnahm, ihnen eine Bühne mit entsprechenden Stücken bot. Der Pfauen muss unbestritten saniert werden, und dabei ist die Frage, wie man diesen Erinnerungsort weiterleben lassen kann. Der Stadtrat ist dazu der Auffassung, dass dafür dort weiterhin zeitgemässes, gesellschaftlich relevantes Theater stattfinden können muss. Darüber wird im Parlament noch diskutiert, ein Entscheid ist nicht gefällt. Aber der Stadtrat will, dass im Architekturwettbewerb klar festgehalten ist, dass die aktive Vermittlung des →

Erinnerungsorts verbindlicher Bestandteil des Projekts ist.

Ist die Erhaltung des Erinnerungsorts für Sie auch ein Teil der Debatte, die geführt werden muss?

Ja, natürlich. Bei einer kürzlichen Besichtigung konnten wir erfahren, dass in den 1930er-Jahren der Widerstand und die Debatten vor allem auf der Bühne stattfanden und nicht unbedingt im Saal. Dort sassen zuweilen auch Fröntler, ein sehr kritisches Publikum. Ferdinand Rieser hatte es alles andere als einfach, er wurde mit seinen Stücken, seinem Ensemble, seinen Aussagen alles andere als von der gesamten Zürcher Bevölkerung getragen. Auch das darf man nicht verklären.

Wie soll in der Bevölkerung aber eine Haltung entstehen, wenn eine geschichtliche Aufarbeitung und Debatte etwa zur Sammlung Bührle nicht vor einer Abstimmung stattfindet?

Die historische Belastung der Sammlung Bührle war bereits im Vorfeld der Abstimmung 2012 ein viel diskutiertes Thema. Und jetzt findet die Debatte ja wieder statt, und das ist gut so. Wesentlich ist doch, welche Debatten und Haltungen wir heute haben, wie wir uns heute positionieren.

Zum Schauspielhaus wird es ja eh noch zu einer Abstimmung kommen, oder nicht?

Ja. Dazu ist zu sagen, dass der Stadtrat eine sehr sorgfältige Abwägung vorgenommen hatte, dann vom Gemeinderat den Auftrag zur Ausarbeitung von Varianten erhielt und dies auch tat. Vier Varianten sind nun im Gemeinderat in Diskussion. Aber das Einzige, worüber sich alle einig sind, ist, dass man sanieren muss. Über alles andere wird jetzt debattiert, und ich persönlich finde das eigentlich das Wichtigste.

Damit an diesen Debatten auch die Jugend teilnimmt, müssten doch an Schulen etwa die Geschichte der Schweiz während der Nazizeit, aber auch Menschen- und Kinderrechte usw. als Pflichtprogramm thematisiert werden. Das ist bis heute nicht der Fall.

Dass dies nötig ist, damit bin ich völlig einverstanden. Ich sehe es als Teil eines gesellschaftlichen Prozesses, und dass diese Debatten jetzt stattfinden, wird auch Auswirkungen haben. Sprich, es muss etwas passieren, es muss Konsequenzen haben.

Beispielsweise die Aufarbeitung der «nachrichtenlosen Vermögen» ist aber nach 20 Jahren immer noch nicht in den Schulbüchern und im Pflichtprogramm. Was bringen also Debatten in der Politik und in den Medien?

Da bin ich ebenfalls absolut der Meinung, dass dies in den Schulbüchern eine Auswirkung haben muss.

Wie während des Zweiten Weltkriegs ist auch heute die Frage der Aufnahme von Flüchtlingen aktuell. Können Sie als Präsidentin einer privilegierten Stadt dazu etwas tun?

«Die Sammlung Bührle abzulehnen, könnte auch heissen, dass man keinen Beitrag zur Debatte leisten will.»

Das war 2015 ein sehr akutes Thema, aber wir waren als Stadt in das schweizerische System der Zuteilung eingebunden. Wir haben uns immer dafür eingesetzt, dass die Flüchtlinge aufgenommen werden und dass es sichere Fluchttrouten gibt. Wir haben hier sehr viel für die Integration jener getan, die zu uns kamen, vor allem auch für unbegleitete Minderjährige. Auch die Zivilgesellschaft hat dabei, unterstützt von der Stadt, viel geleistet. Erst kürzlich haben wir, die acht grössten Schweizer Städte zusammen, dem Bund erneut mitgeteilt, dass wir über unser Kontingent hinaus mehr Flüchtlinge aufnehmen würden, sind damit aber abgeblitzt. Nun gibt es ja Länder, die noch viel mehr als wir betroffen sind. Deshalb haben wir seit mehreren Jahren mit der Stadt Tyros in Libanon eine Projektpartnerschaft aufgebaut, die – nach dem eigenen Bürgerkrieg – massiv Flüchtlinge aus Syrien hat. Wir unterstützen dort Projekte im Sanitär-, Gesundheits-, Schul- und Verkehrsbereich. Dieses einmalige Projekt ist beispielsweise bei Konferenzen, an denen ich es vorstellen durfte, immer auf grosses Interesse anderer Städte gestossen.

Durch die Pandemie ist seit gut einem Jahr alles etwas schwieriger geworden. So haben auch der Antisemitismus und antijüdische Verschwörungstheorien zugenommen. Beschäftigen Sie sich damit?

Wir mussten das ja alle beobachten. Offenbar haben die Umstände einen grossen Druck innerhalb unserer Gesellschaft ausgelöst, zumal bei Leuten, die nach dem Krieg zur Welt kamen und eine so grosse Krise noch nie erlebt haben. Sie hat uns alle im Selbstverständnis unserer Art zu leben betroffen. Wir sehen nun eine sehr grosse Spannung in unserer Gesellschaft, und ein Teil der Bevölkerung neigt sich solchen Verschwörungstheorien zu – eine Tatsache, die wir alle zur Kenntnis nehmen müssen.

Macht das einen als Politikerin sensibler?

Mir macht es vor allem grosse Sorgen. Was passiert, wenn wir als Gesellschaft unter Druck sind? Das Unfruchtbarste ist dann sicher, wenn wir uns nicht mehr damit beschäftigen, wie man als Individuum stark bleiben und gleichzeitig als Gesellschaft bemüht sein kann, den Zusammenhalt, die Solidarität nicht zu verlieren, statt sich damit zufriedenzugeben, einen Sündenbock zu suchen. Ich glaube, dass wir da eine grosse Aufgabe haben, weil wir als

Gesamtgesellschaft beschädigt sind. Wir müssen wieder zueinander finden.

Besorgniserregend dürfte auch sein, dass die laute Minderheit, die auf die Strasse geht, eine unheimliche Wissenschafts-, Politik- und Medienfeindlichkeit zeigt. Was können Sie als Stadtpräsidentin dagegen tun?

Wir haben die grosse Herausforderung, die Bedenken und Ängste der Leute ernst zu nehmen und zu schauen, wo unsere Gemeinsamkeiten liegen, wie wir uns wieder finden und solidarisch sein können. Dabei stellen sich ganz grundsätzliche Fragen, wie etwa, wer wie an der Gesellschaft partizipieren kann, und auch dazu müssen wir eine Debatte führen. Ist sich impfen zu lassen ein solidarischer Akt? Für mich ja, denn dadurch können wir als Gesamtheit wieder zu einem normalen Leben zurückkehren.

All den obigen Themen gemeinsam ist die Frage des öffentlichen Raums. Wie offen soll dieser für Debatten und Demonstrationen Ihrer Auffassung nach sein, wo setzen Sie Grenzen?

Grenzüberschreitungen sind ganz klar dort, wo gesetzliche Vorgaben greifen, also etwa bei der Antirassismus-Strafnorm. Soweit ist es ganz klar. Aber wir sind eine pluralistische und eine liberale Gesellschaft, welche die Reife hat, in der Lage ist und nicht von einem diktatorischen Regime daran gehindert wird, eine Debatte zu führen. Natürlich hört meine Freiheit dort auf, wo sie die eines anderen verletzt. Aber es ist einer meiner zentralen Ansprüche an unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft, dass wir Debatten miteinander führen können und die Res publica in diesem Sinne ist der Ort dafür.

Macht Ihnen die Cancel Culture, die ja das genaue Gegenteil darstellt, Angst?

Da stellen sich unglaublich viele heikle Fragen. Ab welchem Punkt betreiben wir eine Tabuisierung, und wie wäre dies zu rechtfertigen? Natürlich gibt es Grenzen, wie erwähnt etwa bei strafbaren Handlungen. Aber daran anschliessend gibt es einen Zwischenbereich, und für diesen, glaube ich, gibt es keine einfache Antwort. Wir wären wohl alle glücklich, wenn es diese gäbe. Aber die Auseinandersetzung darum werden wir führen müssen, jeweils auf eine unserer Zeit entsprechende Art. Und solche Debatten bringen unsere Gesellschaft weiter. Daran glaube ich (vgl. S. 4). ●